

Rede Romani Rose, Paulskirche, Frankfurt, Tag der Menschenrechte, 10. Dezember 2021

!!! SPERRFRIST 10. DEZEMBER 2021, 13:00 UHR !!!

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist mir eine große Ehre, heute an diesem historischen Ort deutscher Geschichte aus Anlass des Tags der Menschenrechte einige Worte an Sie richten zu können. Ich danke Frau Bürgermeisterin Eskandari-Grünberg herzlich für die Einladung.

Danken möchte ich auch dem Dirigenten Muhamet Sahiti, der schon seit vielen Jahren immer wieder die großartige Leistung vollbringt, Musikerinnen und Musiker aus der Minderheit zu versammeln, die in den renommiertesten Konzerthäusern Europas angestellt sind, um zu Anlässen wie heute zu musizieren.

Am 17. Januar 1849 trat das „Reichsgesetz, betreffend die Grundrechte des deutschen Volkes“ im gesamten Deutschen Reich in Kraft. Verkündet wurde es am 28. Dezember 1848 hier in der Paulskirche von der Frankfurter Nationalversammlung, dem ersten frei gewählten deutschen Parlament.

Damit wurden zum ersten Mal die Bürger- und Menschenrechte in Deutschland per Gesetz festgeschrieben. Die Weimarer Verfassung und das Grundgesetz der Bundesrepublik berufen sich beide auf die bereits in diesem Gesetz verankerten Grundrechte, wie die Gleichheit aller vor dem Gesetz oder die Gewährleistung persönlicher und politischer Rechte wie Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Fast auf den Tag genau 100 Jahre nachdem die Frankfurter Nationalversammlung ihr für die Demokratiegeschichte wegweisendes Gesetz verabschiedet hatte, trat am 10. Dezember 1948 die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ in Kraft, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen ausgerufen wurde und woran wir heute erinnern wollen.

Die Erklärung war eine direkte Reaktion auf die Ereignisse des drei Jahre zuvor beendeten Zweiten Weltkriegs: Gemeinsam verpflichtete sich die Weltgemeinschaft, dafür Sorge zu

tragen, dass es nie wieder zu einem Zivilisationsbruch wie dem Holocaust an 500.000 Sinti und Roma und 6 Millionen Juden kommt und er ein in der Menschheitsgeschichte einmaliges Verbrechen bleibt.

Heute, 73 Jahre nach Verabschiedung der Erklärung, können wir uns in Deutschland auf das Grundgesetz berufen, eine der – wie ich finde – besten Verfassungen der Welt. In Artikel 1 ist bereits der Satz verankert, an dem sich alle anderen Gesetze und jegliches staatliches Handeln zu orientieren haben: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen schreibt in Artikel 1 fest: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“

Wenn jedoch wieder Menschen, die vor Verfolgung, Hunger und Krieg aus ihren Heimatländern fliehen, zur politischen Manövriermasse degradiert werden, wie derzeit an der EU-Außengrenze von Litauen und Polen zu Belarus, dann ist das ein Verbrechen, das uns alle beschämen muss. Um es ganz klar zu sagen: was dort gerade passiert, ist nichts weiter als ein Bruch von international anerkanntem Recht von allen Beteiligten. Dazu zählen für mich nicht nur die Regierungen von Belarus, Polen und Litauen, sondern alle, die akzeptieren, dass dort Menschen hungern, frieren und sterben und damit das Vermächtnis der Opfer von Auschwitz ignorieren.

Wir müssen uns daran erinnern, dass auch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union allen Menschen ein menschenwürdiges Leben garantiert. Wir Europäer müssen diesen Worten, die unter dem Eindruck des Holocaust und dem von den Nationalsozialisten entfesselten Zweiten Weltkrieg niedergeschrieben wurden, endlich unsere eigene Glaubwürdigkeit hinterfragen und handeln. Wir müssen schnelle und unbürokratische Lösungen finden, damit nicht weiter Menschen an den Außengrenzen der EU ihr Leben verlieren – nicht nur in Belarus, Polen und Litauen, sondern auch auf dem Mittelmeer, dem Balkan, oder anderen Fluchtrouten.

Angehörige von Minderheiten werden schon immer zu Sündenböcken gemacht, denen grundlegende Menschenrechte verwehrt werden. Roma müssen in den Slums in Mittel- und Südosteuropa, inmitten der Länder der europäischen Union, in menschenunwürdigen Verhältnissen leben, müssen ein System der Apartheid in den Bereichen der Bildung, des Wohnens, in der Gesundheitsversorgung und auf dem Arbeitsmarkt erdulden, während die Regierungen diese Situation kennen und tatenlos hinnehmen.

Doch wir müssen nicht erst über die Grenzen Deutschlands hinausblicken, um zu sehen, dass die von der Verfassung garantierte Würde des Menschen nicht für alle gleichermaßen zu gelten scheint.

Wenn im Februar diesen Jahres Polizisten in Singen in Baden-Württemberg ein 11-jähriges Kind einer Sinti-Familie in Handschellen auf die Wache führen, ohne seine Eltern zu benachrichtigen und ihn dort mehr als eine Stunde festhalten und rassistisch beschimpfen, dann hat das mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nichts tun, sondern mit tief verwurzelter, institutionalisiertem Antiziganismus.

Genauso, wie wenn von der staatlichen Bremer Wohnungsbaugesellschaft Brebau Menschen systematisch bei der Wohnungssuche diskriminiert werden, indem man die Namen von Sinti und Roma und anderen Minderheitenangehörigen in einer Datenbank mit internen Kürzeln markiert, um sie so von Wohnungen der Brebau GmbH fernzuhalten.

Die Coronakrise hat die weltweite Ungleichbehandlung noch einmal verstärkt. In Zukunft werden noch mehr Menschen aus ihrer Heimat fliehen, weil der menschengemachte Klimawandel große Teile der Welt unbewohnbar machen wird.

Diesen globalen Herausforderungen müssen sich Europa und die Weltgemeinschaft stellen und dafür sorgen, dass die Menschenrechte auch für alle Gültigkeit haben, denn für viele existieren sie nur auf dem Papier. Wenn Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Religion oder sexuellen Orientierung Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt sind, ist jeder von uns aufgerufen, zu handeln.

Wenn Minderheiten wieder zu Sündenböcken erklärt werden, ist das ein Angriff auf unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat.

Ich möchte hier ausdrücklich betonen: wenn wir uns für Menschenrechte stark machen, geht es nicht allein um Minderheitenrechte. Es geht um die Verteidigung der Demokratie als Ganzes.

Der Kampf gegen Antiziganismus, Antisemitismus und den neuen Nationalismus, der sich in den vergangenen Jahren in ganz Europa und der Welt ausgebreitet hat, ist eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung. Er ist der Garant für unseren inneren und äußeren Frieden in Europa.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss gelebt und stets neu errungen werden.

Gerade an einem Tag wie heute, an dem wir hier in der Frankfurter Paulskirche, diesem historisch bedeutsamen Ort, an die universellen Menschenrechte erinnern, liegt es an uns, die Vision eines einigen und friedlichen Europas mit Leben zu füllen und kommenden Generationen eine Zukunft zu bewahren.

Ich danke Ihnen.